

Nr.

1

Januar  
1987

# Die Neue Gesellschaft

---

# Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Walter Dirks · Eugen Kogon · Heinz Kühn  
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

---

1987  
34. Jahrgang

*Redaktion:*  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Rainer Diehl  
Hans Schumacher (verantwortlich)

*Ständige Mitarbeit:*  
Klaus Bloemer  
Tilmann Fichter  
Ulrich Gembardt  
Ferdinand W. Menne

---

*Verlag Neue Gesellschaft GmbH*  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2  
Postfach 20 01 89  
Telefon (02 28) 37 80 21-25  
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

---

*Anschrift der Redaktion:*  
Godesberger Allee 143  
5300 Bonn 2  
Telefon (02 28) 37 80 21-25  
Telex: 8 85 479 a fest d

---

*Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 66,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

---

*Redaktionsbeirat:*  
Siegfried Bangert  
Frank Benseler  
Gottfried Erb  
Iring Fetscher  
Bruno Friedrich  
Ulrich Gembardt  
Horst von Gizycki

---

Martin Greiffenhagen  
Norbert Greinacher  
Reimut Jochimsen  
Richard Löwenthal  
Ferdinand W. Menne  
Susanne Müller  
Peter von Oertzen  
Friedrich-Wilhelm Witt

---

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 14  
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Dort, wo die Anarchosyndikalisten im Übergewicht waren, haben sie sofort auch angefangen, die Produktion auf der Basis der radikalen anarchistischen Arbeiterdemokratie zu reorganisieren. In den großen Agrargebieten sind sie sofort zur kollektivistischen Agrarform geschritten, haben die Großgrundbesitzer verjagt und auch viele von diesen umgebracht – für mehr als ein Jahrhundert Unterdrückung sind da die Rechnungen beglichen worden. Der Großgrundbesitz wurde aber nicht – und das ist der entscheidende Unterschied zu Rußland – in Kleinbauernparzellen aufgeteilt, sondern genossenschaftlich weiterbewirtschaftet. In der Industrie und im Handwerk übernahmen die Kollektive der Belegschaften die Produktion. Genauso wie der Grundsatz galt: das Land gehört denjenigen, die es bearbeiten, nämlich den Knechten und Landarbeitern, so galt auch der Grundsatz: die Fabrik gehört denen, die in ihr arbeiten, nämlich den Arbeitern. Was nicht hieß, daß man sich nicht sofort um republikanisch gesonnene Ingenieure, Techniker, Kaufleute, Direktoren gekümmert hat. Über alle Schwankungen der politischen Kräfteverhältnisse in der Revolution und in der republikanischen Regierung hinweg haben beide Gewerkschaften – vor allem aber die anarchosyndikalistische C.N.T. – sich große Verdienste um die Organisation der Produktion erworben. Im Grunde ist die gesamte Rüstungsindustrie, aber auch die Industrie mit den wichtigsten Versorgungsgütern für die Bevölkerung in Katalonien, also im Kerngebiet des Anarchosyndikalismus, bis zum Ende des Bürgerkriegs immer unter starker Beteiligung der C.N.T. als Gewerkschaft und der Arbeiter der Betriebe organisiert worden, obwohl die unter immer stärkeren kommunistischen Einfluß geratene Revolutionsregierung schließlich die Kollektivierung der Industrie durch die Arbeiter ersetzt hat durch die Verstaatlichung und durch Einsetzung von staatlichen Beauftragten, die der Kontrolle der Arbeiter und gar nicht der Kontrolle des Kapitals dienen sollten. Aber der Einfluß der Arbeiter in den spanischen Betrieben ist dennoch bis zum Schluß sehr stark geblieben.

NG/FH: Im heutigen Spanien gibt es politische Phänomene, die manchen Beobachter dazu veranlassen, sie als Fortführung anarchistischer Traditionen zu sehen, beispielsweise Aktionen des militärischen Flügels der ETA und anderer Separatistengruppen. Hat dies wirklich miteinander zu tun?

von Oertzen: Direkt, so scheint es mir, wohl nicht, weil der radikale baskische Nationalismus, der bis zur Forderung eines selbständigen souveränen bas-

kischen Staates unter völliger Trennung vom spanischen Staatsverband geht, immer ein Sonderphänomen gewesen ist – sehr revolutionär im Kampf gegen die Zentralregierung in Madrid, aber das Baskenland war nie ein Zentrum des Anarchosyndikalismus. Vielmehr ist die baskische Selbständigkeitsbewegung ein historisches Phänomen eigener Art; soweit in die anarchosyndikalistische Tradition alte bürgerlich-demokratische, föderalistisch-regionalistische Tendenzen eingegangen sind, gibt es natürlich eine Geistesverwandtschaft mit dem radikalen Separatismus oder Föderalismus der Basken, dem katalanischen Regionalismus, jetzt auch dem andalusischen und dem galizischen Regionalismus, d. h. also mit der allgemeinen Tradition, die Zentralmacht zu dämpfen und die Selbstverwaltung und Selbstregierung der Regionen zu stärken.

Aber nach 38 Jahren francistischer Diktatur ist der größte Teil der anarchosyndikalistischen Arbeitertradition tot. Etwas vom kämpferischen Geist der Anarchosyndikalisten ist vielleicht eingegangen in die erste Zeit der sogenannten Comisiones Obreras, die aber heute eine kommunistische Richtungsgewerkschaft mit starker Verankerung der Arbeiterschaft sind. Es überleben solche Tendenzen charakteristischerweise, oder sie leben wieder auf, vor allem in syndikalistischen Gewerkschaften freier Berufe, also der Künstler, der Kunsthandwerker, der Intellektuellen, die zu syndikalistischen Organisationsformen neigen. Es gibt auch eine sehr stark anarchosyndikalistisch tendierende, radikale Landarbeitergewerkschaftsbewegung in Andalusien, die im Augenblick der sozialdemokratischen Regierung große Schwierigkeiten bereitet, weil sie nämlich der technokratischen Reform der andalusischen großbetrieblichen Landwirtschaft eine genossenschaftliche, auf Arbeiterselbstverwaltung beruhende, radikalere Reformvorstellung entgegensetzt. Wie das so üblich ist, stehen die Sozialdemokraten dabei natürlich auf der Seite des Staatsapparates und der Ruhe und Ordnung.

NG/FH: Aber das sind Relikte und keine Anzeichen einer Renaissance?

von Oertzen: Ich glaube nicht, daß in der durch fast 40 Jahre faschistischer Diktatur ihrer Tradition beraubten modernen spanischen Arbeiterbewegung der klassische Anarchosyndikalismus wieder auflebt.

NG/FH: Aber das syndikalistische Element im Anarchosyndikalismus hätte vielleicht eine Zukunft?

von Oertzen: In der abgeschwächten Form einer Tendenz zur Demokratisierung, zur Selbstverwal-

tung, vielleicht da und dort auch zur Arbeiterselbstverwaltung, zu einem demokratischen Regionalismus, zur kommunalen Selbstverwaltung könnten anarchistische und syndikalistische Gedankenelemente fortleben. Die Spanier sind auch heute noch – selbst wenn sie Sozialdemokraten und treue Anhänger des gesamtspanischen Zentralstaates sind – von Hause aus nicht gerade der Idealtyp des gehorsamen Untertanen. Der Obrigkeitsstaat stößt in Spanien vermutlich doch an gewisse Grenzen – trotz der Deformationen, die 40 Jahre Diktatur hervorgerufen haben. Man muß sich nur einmal vorzustellen versuchen, wie unsere Gesellschaft aussähe, wenn das Hitlerregime nicht 12 Jahre, sondern 36 Jahre lang gedauert hätte. Also, man kann wahrscheinlich die historische Prägung durch fast 40 Jahre faschistische Diktatur gar nicht hoch genug einschätzen.

NG/FH: Die unvermeidliche Frage zum Schluß: Was lernen wir aus der Geschichte des spanischen Anarchosyndikalismus?

von Oertzen: Ich glaube, zumindest für den, der immer noch Sozialist ist und an die grundlegende Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung glaubt, sie für möglich und nötig hält, ist aus der Geschichte der spanischen Arbeiter-

bewegung und aus der Tradition der spanischen Anarchosyndikalisten mindestens eines zu lernen: ein wie unglaublich wichtiges Element die Arbeiterdemokratie ist, d. h. die unmittelbare Mit- und Selbstbestimmung der Arbeitenden selber. Nun ist heute die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft in einem hochindustrialisierten, spätkapitalistischen Lande eine gänzlich andere als die Zusammensetzung der spanischen Arbeiterklasse vor 50 Jahren. Aber daß ohne das Element der Selbstverwaltung und ohne radikale Demokratisierung aller Strukturen, der staatlichen Strukturen, der Parteistrukturen und der Gewerkschaftsstrukturen – Stichwort: die gegenwärtige Tragödie der Gemeinwirtschaft in Deutschland – tiefgreifende Gesellschaftsreformen nicht möglich sind, daß die Demokratie mit den Elementen der genossenschaftlichen Zusammenarbeit und der individuellen Selbstbestimmung unverzichtbar ist für jede umfassende Gesellschaftsveränderung, weil sonst nur anstelle einer kapitalistischen Bürokratie eine nichtkapitalistische Bürokratie gesetzt wird, die auch nicht besser ist: Das ist eine allgemeine historische Lehre, die man aus der spanischen Erfahrung ziehen kann.

(Interview: Rainer Diehl)

## Patrik von zur Mühlen „Spaniens Himmel breitet seine Sterne ...“ Mythos und Realität der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg

Dr. Patrik von zur Mühlen, geb. 1942, ist Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Veröffentlichungen u. a.: „Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, Verlag Neue Gesellschaft, 2. Aufl., 1985.

Die Internationalen Brigaden bildeten den umfangreichsten und spektakulärsten Einsatz ausländischer Freiwilliger auf seiten der spanischen Antifaschisten, aber nicht den einzigen. Noch vor ihrer

Gründung im Herbst 1936 hatten sich internationale Kämpfer in die Milizen eingereiht, die die anarchistische Gewerkschaft CNT, die sozialistische Gewerkschaft UGT, die kleine Linkspartei POUM sowie baskische und katalanische Nationalisten spontan als Antwort auf Francos Putsch gebildet hatten. Zahlenmäßig unbedeutend, hatten die ausländischen Milicianos doch dazu beigetragen, den ersten Ansturm des aufständischen Militärs in weiten Teilen des Landes aufzuhalten. Mit der zunehmenden Entmachtung der Anarchisten und Sozialisten sowie dem Verbot des POUM durch die kommunistisch beeinflusste republikanische Regierung im Frühjahr und Sommer 1937 wurden diese Milizen aufgelöst bzw. in das inzwischen aufgestellte reguläre republikanische Heer eingegliedert, ihre ausländischen Kämpfer unter oft unschönen Bedingungen entlassen und teilweise nach längerer Haft ins Ausland abgeschoben. Sie waren Opfer interner politischer Auseinandersetzungen der Republik geworden.

Während die Milizen bereits im Herbst 1936 den Höhepunkt ihres Einsatzes hinter sich hatten, wurden die Internationalen Brigaden erst zu dieser Zeit

gegründet. Die Initiative hierzu ging von den Kommunisten aus, die vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien zwar recht bedeutungslos waren, aber durch die Waffenhilfe der Sowjetunion, durch die Unterstützung der Komintern und nicht zuletzt durch die von ihr mitorganisierten Internationalen Brigaden zum immer einflußreicheren und schließlich bestimmenden Faktor der Spanischen Republik wurden.

Im Oktober 1936 wurden formell die Internationalen Brigaden gegründet und in größter Eile aufgestellt. Gleichzeitig begannen die kommunistischen Parteien aller Länder oder von ihnen gesteuerte Organisationen, z. B. Spanienhilfskomitees, mit einer massiven Propaganda für den Beitritt zu den Interbrigaden. Tatsächlich setzte ein solcher Zustrom ein, daß innerhalb von etwa acht Monaten fünf aus Ausländern bestehende Brigaden aufgestellt werden konnten. Es wäre indessen naiv zu glauben, daß allein die Solidarität diesen großen Zustrom bewirkt hätte. Das Heer der Arbeitslosen in vielen Ländern Europas einerseits und die Anwesenheit zahlreicher Emigranten aus Italien, Deutschland, Österreich, Polen und anderen Diktaturen andererseits bildeten in den Jahren 1936 und 1937 einen fruchtbaren Boden für Werbeaktionen. Gleichwohl muß besonders für Deutsche, Österreicher sowie Italiener die politische Motivation des Einsatzes betont werden. Der Kampf gegen Franco war zugleich ein Stellvertreterkrieg gegen Hitler und Mussolini, als dessen Marionette man jenen betrachtete. „Schlagt Hitler vor Madrid!“, war eine oft gehörte Parole.

Zahlenangaben sind für die Internationalen Brigaden außerordentlich schwierig und unterliegen starken ideologischen Interpretationen. Auf der rechten Seite neigt man dazu, sie zu überhöhen (Bolin: 102 000), auf kommunistischer Seite, sie herunterzuspielen (15 000). Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß die Internationalen Brigaden eine starke Fluktuation erlebten, so daß die maximale Ist-Stärke erheblich unterhalb der Gesamtzahl aller ehemaligen Interbrigadisten lag. Dazu kommt, daß kriegsbedingte Lücken in den Brigaden wegen des nachlassenden Zustromes von Freiwilligen immer stärker durch Spanier aufgefüllt wurden. Schließlich liegen amtliche spanische Statistiken erst für das Jahr 1938 vor, als die Interbrigaden zahlenmäßig ihren Höhepunkt bereits überschritten hatten. Nach meinen Berechnungen dürfte die maximale Ist-Stärke im Jahre 1937 zwischen 40 000 und 50 000 Mann betragen haben.

Etwas sicherer sind unsere Kenntnisse über die

ationale, soziale und politische Zusammensetzung der Interbrigaden. Die größte Gruppe stellen Franzosen (etwas über 10 000). Ungefähr gleich stark waren Italiener, Polen und Deutsche zu je 5 000, es folgten Belgier und Österreicher zu je etwa 3 000 Mann. Der Rest verteilte sich auf über 40 weitere Nationen, überwiegend Europäer. Mit geringen Abweichungen innerhalb der einzelnen Nationen waren etwa 80 % der Interbrigadisten Arbeiter. 60-70 % waren Kommunisten, der Rest verteilte sich auf Sozialdemokraten, Anarchosyndikalisten, Angehörige linkssozialistischer Gruppen, Katholiken und Parteilose.

Die Organisationsform der Internationalen Brigaden wechselte recht häufig. Insgesamt gab es fünf Brigaden mit den Nummern XI bis XV, die nach sprachlichen und nationalen Gesichtspunkten gegliedert waren:

XI Brigade (Deutsche, Österreicher, Schweizer, Niederländer, Skandinavien)

XII Brigade (Italiener, San Marinesen, Portugiesen)

XIII Brigade (Polen, Tschechoslowaken, Jugoslawen, Bulgaren)

XIV Brigade (Franzosen, Belgier, West-Schweizer)

XV Brigade (Briten, Iren, Kanadier, US- und Lateinamerikaner).

Neben diesen „klassischen“ Brigaden gab es noch vier sog. „Brigadas mixtas“, gebildet aus Ausländern und Spaniern. Darüber hinaus gab es besondere Verbände: Partisaneneinheiten, Pioniereinheiten und Sanitätsdienste, dazu Verwaltungs-, Presse-, Propaganda- und Polizeistellen. Eine nicht bestimmbare, aber wohl beträchtliche Zahl von ausländischen Freiwilligen kämpfte im regulären Heer der Spanischen Republik.

Die Deutschen und Österreicher konzentrierten sich auf die XI. Brigade, obwohl es einzelne deutsche Gruppen oder sogar Einheiten in anderen Verbänden gab. Keine Brigade, kein Bataillon war vollkommen homogen. Die XI. Brigade gliederte sich nach dem Stand des Sommers 1937 in die vier Bataillone „Thälmann“, „Edgar André“, „Hans Beimler“ und „12. Februar“. Im „Beimler“-Bataillon kämpften überwiegend Skandinavien, im Bataillon „12. Februar“ meistens Österreicher. Man muß ergänzend hinzufügen, daß etwa zwei Drittel der Deutschen Emigranten waren, aber immerhin ein Drittel direkt aus Deutschland nach Spanien gefahren war – auf manchmal recht gefährlichen Wegen. Auch bei den Deutschen stellten Kommunisten die Mehrheit unter den Freiwilligen. Wohl gab es in den Mannschaften und auch im Offizierskorps einige Sozialdemokraten, aber ihre Zahl blieb gering.

Die Ursache dafür lag einmal in der kommunistischen Personalpolitik, aber auch am Desinteresse der SPD. Sie nahm zwar Stellung zu den spanischen Ereignissen, tat darüber hinaus aber wenig. Anders als die italienischen Sozialisten, deren Vertreter Pietro Nenni Kommissar der Internationalen Brigaden wurde, forderte die SPD ihre Mitglieder nicht zum freiwilligen Einsatz in Spanien auf noch war sie in Spanien durch einen ständigen Delegierten vertreten. Daß dennoch sich etliche Sozialdemokraten als Offiziere und Soldaten, als Journalisten oder Fachleute für besondere Aufgaben der Republik zur Verfügung stellten, beruhte auf privater Initiative.

Besonders erwähnt werden muß der Einsatz deutscher Schriftsteller im Spanienkrieg. So wie André Malraux, George Orwell, Ilja Ehrenburg, Ernest Hemingway und andere Schriftsteller aus aller Welt sich als Soldaten oder Berichterstatter in und für Spanien engagierten, so zogen auch deutsche bzw. deutsch-sprachige Schriftsteller nach Spanien: Arthur Koestler und Egon Erwin Kisch als Journalisten, Ludwig Renn, Gustav Regler, Hans Marchwitza, Willi Bredel, Bodo Uhse, Erich Arendt, Erich Weinert und andere als Offiziere, Kommissare oder Soldaten der Internationalen Brigaden. Diese Schriftsteller, die damals ebenso wie Alfred Kantarowicz oder der Sänger Ernst Busch der KPD angehörten, haben durch autobiographische Schriften, durch Gedichte, Lieder und Kunstformen dem Einsatz deutscher Antifaschisten ein Denkmal gesetzt.

Die Kämpfe der deutschen Interbrigadisten können hier nur grob umrissen werden. Vom November 1936 bis Januar 1937 wurden sie bei der erfolgreichen Verteidigung Madrids eingesetzt. Nach schweren Verlusten folgte eine kurze Erholungspause in Südspanien. Danach folgten weitere Einsätze in Zentralspanien. Ab Sommer 1937 kämpften sie größtenteils in Aragon. Anders als es ein Teil der Literatur darstellt, waren die Interbrigadisten keine Legendengestalten, sondern ganz gewöhnliche Menschen. Schwere und zermürbende Dauereinsätze mit Verlusten von 17 % Toten, 13 % Invaliden und 50 % Leichtverwundeten führten zu Fällen von Gehorsamsverweigerung, Selbstverstümmelung, Meuterei und Fahnenflucht und zu entsprechenden kriegsgerichtlichen Konsequenzen. Während der ganzen Zeit ihres Bestehens hatten die Interbrigaden Disziplinschwierigkeiten. Alles dieses schmälert aber nicht den selbstlosen und verlustreichen Kampf gegen eine Diktatur, die sie für einen Ableger der Regime in Berlin und Rom hielten.

Im Herbst 1938 wurden die Interbrigaden in kata-

lanischen Demobilisierungslagern zusammengezogen und durch Vermittlung des Völkerbundes in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Frankreich ließ aber nur solche Personen über die Grenze, die legal zurückkehren konnten. Deutsche, Österreicher und Italiener hatten aber keine Heimat, in die sie gefahrlos zurückkehren konnten. Daher blieben etwa 2 000 Angehörige dieser Nationen zurück und wurden, als Franco im Januar 1939 zur Eroberung Kataloniens ansetzte, in verlustreichen Rückzugsgefechten nochmals eingesetzt. Ende Januar 1939 trat dann dieser Rest über die Pyrenäengrenze, gelangte damit aber nicht in die Freiheit, sondern wurde von französischer Gendarmerie verhaftet und in den südfranzösischen Internierungslagern Argelès sur Mer und St. Cyprien, später in Le Vernet und Gurs interniert. Einige wurden nach und nach entlassen, die Mehrheit aber verbrachte die nächsten anderthalb Jahre hinter Stacheldraht und wurde im Sommer 1940 vom Vichy-Regime der Gestapo übergeben.

Sofern nicht noch besonderes zusätzliches „Belastungsmaterial“ vorlag, verurteilte der Volksgerichtshof die Spanienkämpfer wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei bis drei Jahren Zuchthaus und zur anschließenden Einweisung in ein KZ. Kleinere Gruppen von Spanienkämpfern, die sich der französischen Internierung oder Auslieferung an die Gestapo hatten entziehen können, schlossen sich der Résistance an. Nach meiner Einschätzung dürften nur wenig mehr als 1 000 deutsche Spanienkämpfer den Zweiten Weltkrieg überlebt haben.

In der DDR wurden die ehemaligen Spanienkämpfer groß gefeiert und ausgezeichnet. Persönlichkeiten wie Wilhelm Zaisser, Franz Dahlem, Heinrich Rau, Gustav Szinda sowie der 1985 verstorbene Verteidigungsminister Heinz Hoffmann bekleideten hohe Ämter in Staat, Partei und Armee, ebenso wie der jetzt noch amtierende Staatssicherheitsminister Erich Mielke. Es gab in der DDR nicht – wie in der Tschechoslowakei und Ungarn – stalinistische Säuberungen und Terrorprozesse gegen ehemalige Spanienkämpfer, von denen etliche am Galgen endeten. Die DDR pflegt das Erbe der Spanienkämpfer, freilich mit den charakteristischen Einseitigkeiten, durch die sich kommunistische Historiographie auszeichnet. Die Rolle der Kommunisten wird im Stil einer Heiligenlegende geschildert, die Rolle politisch unliebsamer Gruppen oder Einzelpersonen totgeschwiegen. Verleumdungen von Gegnern, beispielsweise wirklichen oder vermeintlichen Troztkisten, sind bis heute nicht korrigiert worden, wie etwa in der Literatur der spanischen KP.

In der Bundesrepublik hatten die Spanienkämpfer einen schweren Stand. Ihr Kampf wurde, anders als der Einsatz der Legion Condor, nicht gewürdigt. Der Kalte Krieg und das gute Verhältnis zwischen Adenauer und Franco waren nicht dazu angetan, das Bild von den „bolschewistischen Söldnern“ und „Rotspanienkämpfern“ zu korrigieren. Unter politischen, kulturellen oder anderen Führungsgruppen findet man nur wenige Namen ehemaliger Spanienkämpfer oder solcher Personen, die zeitweilig in Spanien gewirkt hatten: Willy Brandt, Peter Blachstein, Max Diamant, Rolf Reventlow und einige an-

dere. Erst unter der Regierung Brandts wurde die skandalöse Ungerechtigkeit in der Behandlung der Spanienkämpfer (etwa bei der Berechnung der Höhe ihrer Altersversorgung) korrigiert, aber beschämende Zeichen politischer Instinkttlosigkeit bewiesen deutsche Behörden und Gerichte noch in den letzten Jahren. Es wird Zeit, hier ein verzerrtes Geschichtsbild zu korrigieren und den Spanienkämpfern den Platz in der Geschichte zuzuweisen, der ihnen im Rahmen der deutschen Emigration und des deutschen Widerstandes gebührt.

## Heinz Timmermann Verwirrend und ohne Perspektive Die Lage der spanischen Kommunisten

---

*Dr. phil. Heinz Timmermann, geb. 1938, ist Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Veröffentlichungen u. a.: Eurokommunismus: Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt 1978 (als Hrsg. und Ko-Autor); Wohin marschiert die Linke in Europa? Freiburg 1979; Die Kommunisten Südeuropas und die Europäische Gemeinschaft, Bonn 1981 (als Hrsg. und Ko-Autor).*

---

Noch vor zehn Jahren, beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie nach dem Tode Francos 1975, hatte die KP Spaniens (Partido Comunista de España = PCE) große Erwartungen in die Zukunft gesetzt. Nach dem Beispiel der italienischen KP (PCI), die ihre aktive Kaderpartei in der Resistenza zu einer breit verankerten Massenpartei ausbauen konnte, hatte sie gehofft, auch ihrerseits ihre führende Rolle im antifrankistischen Widerstandskampf nutzen zu können, um den Transformationsprozeß aus einer Hegemonialposition auf der Linken in Richtung auf den Sozialismus vorwärtstreiben zu können.

Diese Hoffnungen sind inzwischen geschwunden. Führende politische Kraft nicht nur auf der Linken, sondern im nationalen Maßstab ist die seit 1982 regierende Sozialistische Partei (PSOE) unter Felipe

González. Die Kommunisten dagegen sind heute marginalisiert, in mehrere Formationen gespalten und kämpfen um ihr Überleben. Wie ist es dazu gekommen, und wie sehen die Zukunftsperspektiven dieser prestigereichen, zugleich aber auch umstrittenen und in sich widersprüchlichen Partei aus?

### Aufstieg . . .

Der historische Niedergang der PCE schien zunächst keineswegs vorgezeichnet. Bereits in der Illegalität hatte sie die Ansätze eines politischen und sozialen Pluralismus für einen intensiven Dialog mit den nichtkommunistischen Kräften genutzt und dabei tiefgreifende programmatische Neuerungen vorgenommen. Diese schlugen sich in ihrem „Programm-Manifest“ von 1975 nieder, einem zentralen Dokument des „Eurokommunismus“. Darin wird die Vollendung des bürgerlich-demokratischen Systems als notwendige Etappe auf dem Weg zum Sozialismus charakterisiert.

Die vom fortschrittlichen Bürgertum und der Arbeiterklasse erkämpften Freiheitsrechte einschließlich des Parteienpluralismus und des Streikrechts sollen auch nach den sozialistischen Transformationen – mit der Vergesellschaftung der Kernbereiche des hochkonzentrierten privaten Produktiv- und Finanzkapitals als zentralen Maßnahmen – erhalten bleiben.

Auch auf dem Felde der internationalen Beziehungen leitete die PCE nach 1968, dem Jahr der Moskauer Militärintervention in der CSSR, einen radikalen Kurswechsel ein. Heftiger als alle anderen westlichen KPen kritisierte Parteichef Carrillo damals das Gesellschaftsmodell sowjetkommunistischen Typs und zentrale Aspekte der sowjetischen Außenpolitik. Noch 1982, nach der sowjetisch inspi-